

# Die Weimarer Verfassung

Aufbruch und Scheitern

Bearbeitet von  
Von Prof. Dr. Dr. Udo Fabio

1. Auflage 2018. Buch. 299 S. Gebunden  
ISBN 978 3 406 72388 9  
Format (B x L): 12,0 x 20,0 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Staatsrecht, Verfassungsrecht > Staatsrecht](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Das rechtsbürgerliche Lager bis ins Zentrum hinein tat sich mit einer realistischen Einschätzung der NSDAP viel schwerer: einmal weil die neue demagogische Kraft noch nicht genau beurteilt werden konnte, vor allem aber, weil es der sich feiner dünkenden Elite an politischer Urteilskraft im Umgang mit dem politischen Gangstertum eines *Hitlers* fehlte. Deutschland besaß definitiv keinen *Winston Churchill*, der dieser Mischung aus greller Reklame, schriller Demagogie, offener Gewalt und im vertraulichen Gespräch mitunter säuselnder Verlockung und „Vernunft“ irgendwie gewachsen gewesen wäre: Kein *Brüning*, kein *Schleicher*, kein *Papen* hatten das Format, *Hitler* als das zu bekämpfen, was er war: ein Todfeind der Republik und einer jeden zivilisierten Nation.

Aber hätte nicht lange Zeit (noch bis 1932) die Kraft der gemäßigten Parteien gereicht, miteinander Kompromisse zu schließen? Das Bild von prinzipiell untereinander koalitionsfähigen Parteien mit Ausnahme von NSDAP und KPD wäre allerdings etwas zu idyllisch. In Wirklichkeit waren selbst die Parteien der Weimarer Koalition nur sachlich und temporär beschränkt untereinander koalitionsfähig. Schon die „große Koalition“, also Weimarer Parteien plus DVP, wurde von beiden Flügelparteien eines solchen Bündnisses (also der SPD und der DVP) als nur schwer erträglich angenommen. Die SPD als stärkste Partei sollte eigentlich auf Regierungsbeteiligung fest gebucht sein, aber sie definierte sich immer noch ein Stück weit als marxistische Klassenkampfpartei und stand unter enormem propagandistischem Druck der extremen Linken, der KPD, aber auch der Beschimpfungen von rechts. Das machte ihren Verhandlungsspielraum klein, vor allem, wenn es darum ging, mehr oder minder kurzfristige oder aber auch existenzielle wirtschaftliche Forderungen der Interessenverbände aus Industrie und Agrarwirtschaft zu erfüllen. Von einer Regierungsbereitschaft der SPD konnte unter diesen Bedingungen auf Reichsebene nicht immer ausgegangen werden, etwas, das *Otto Braun* von Preußen aus kritisch sah. Die industriepolitisch abhängige DVP liebäugelte ihrerseits in den Zwanzigerjahren mehrfach mit einer reinen Bürgerkoalition (Bürgerblock) unter Verzicht auf die SPD, was nach den Wahlergebnissen von 1924 eine Regierungsbeteiligung der „schwierigen“ (weil ebenfalls wirtschaftlich und agrarisch abhängigen und vor allem ideologisch stärker fixierten) DNVP erforderte, weil sonst keine parlamentarische Mehrheitsbildung gelingen konnte.<sup>273</sup>

Indes waren im – wenngleich unitarischer gewordenen – Föderalstaat die Länder ebenfalls von erheblicher Bedeutung, insbesondere das immer noch gebiets- und bevölkerungsmäßig dominierende Preußen. In den Ländern boten die Parteien zum Teil ein anderes Bild als auf Reichsebene. In Bayern oder Württemberg blieb selbst in den Hochzeiten der Krise das parlamentarische Re-

gierungssystem intakt, bis die Nazis nach dem Staatsstreich 1933 Landtage und Landesregierungen entmachteten. In Preußen regierte die rot-schwarze Koalition von SPD und Zentrum zum Leidwesen der radikalen Rechten harmonisch bis zum sogenannten Preußenschlag 1932 und bildete auch auf Reichsebene immer wieder eine komplementäre Machtkonstellation.<sup>274</sup>

Gerade wenn man die Landespolitik mit einblendet, erkennt man, dass die Rede vom Systemversagen der Parteien nicht generell als Zustandsbeschreibung des Weimarer Parteienlebens gelten kann. Hier wird mitunter auch heute noch unkritisch der Blickwinkel der antiparlamentarischen Prägekräfte der damaligen Zeit übernommen, die mit dem Horrorbild der zerstrittenen Parteien und der „Quasselbude“ eine autoritäre Führung, eine präsidentiale Diktatur oder einen Umbau der Verfassungsordnung herbeiführen wollten. Es ist erstaunlich, wie viel Anhänger diese These, die von Exponenten wie *Hugenberg*, *Hindenburg* oder *Schleicher* in Umlauf gesetzt worden ist, auch heute noch findet, ohne kritisch zu differenzieren und zu bilanzieren.

## 2. Bürgerliche Preisfrage: mit oder ohne SPD – heimliche Sehnsucht nach Opposition

Eine heimliche Sehnsucht nach der Opposition begleitete die SPD – aber nicht nur sie – in der mittleren und späten Phase der Weimarer Republik, also insbesondere nach dem Tod *Friedrich Eberts*, der bereits auf Regierungsbeteiligung wiederholt drängen musste.<sup>275</sup> Mit ähnlichen Bestrebungen, die Regierung Müller zu verlassen, kämpfte *Stresemann* Anfang 1929 in seiner DVP und auch das Zentrum wollte phasenweise allenfalls mit Ministern seiner Partei als Privatleuten in der Regierung „vertreten“ sein. Man hat dieses für den demokratischen Kampf an sich widernatürliche Streben hinein in die Opposition anstatt zur Regierungsmacht bereits zur Weimarer Zeit mit der Sozialisation der Parteien im Kaiserreich erklärt, die jenseits der Gesetzgebung Regierungen seiner Majestät teilweise durchaus selbstbewusst, aber eben doch nur reaktiv begleiteten.<sup>276</sup>

Die Erfahrungen 1926/27 zeigten dem bürgerlichen Lager aber auch Grenzen einer Politik jenseits des Bündnisses mit der SPD. Ohne Beteiligung der SPD wurde der „Bürgerblock“ schon deshalb prekär, weil er zur Mehrheitsbildung dann auf die bis 1928 tendenziell, dann eigentlich jedenfalls in ihrem rechten Flügel um *Hugenberg*<sup>277</sup> offen republikfeindliche DNVP angewiesen war. Hier war mehr und mehr mit einer destruktiven Koalitionsatmosphäre zu rechnen. Koalitionen jenseits der Weimarer Koalition aus SPD/Zentrum/DDP waren eigentlich

immer prekär. Mehrfach wurde nach Regierungen gesucht, die nicht notwendig von den politischen Parteien, denen die Minister angehörten, auch vollständig getragen wurden. Schon im Herbst 1924 hatte Reichskanzler *Luther* vorgeschlagen, der Reichspräsident solle auf Vorschlag des Kanzlers die Minister ernennen, ohne dass die Fraktionen offiziell ihren Eintritt in die Koalition erklärten. Damit sollte eine Regierung der Fachleute ermöglicht werden, die immerhin einen gewissen Rückhalt bei der Parlamentsmehrheit finden würde. Auch hier wird sichtbar, dass solche Ideen anknüpften an das Verfassungssystem des kaiserlichen Deutschlands, das von der Weimarer Verfassung kopiert wurde mit jener ambivalenten Stellung eines Reichspräsidenten, der einen Kanzler seines Vertrauens ernannte, der dann irgendwie für Rückhalt im Reichstag zu sorgen hatte.<sup>278</sup>

Gleichviel warum: Für den parlamentarischen Betrieb kennzeichnend war und blieb jedenfalls die Schwierigkeit einer stabilen Koalitionsbildung. Die politischen Parteien wirkten eben nicht im Klima einer nivellierten Mittelsstandsgesellschaft, wie sie der Soziologe *Helmuth Schelsky* für die Fünfzigerjahre des 20. Jahrhunderts diagnostizierte.<sup>279</sup> Ihr Ambiente war gekennzeichnet von einer weitaus stärker fragmentierten gesellschaftlichen Wirklichkeit mit harten Interessengegensätzen, ideologischen Verkantungen, gesinnungsethischen Radikalisierungen und einer Parallelschaltung von politischen Bindungen an subkulturelle Milieus. Die Parteien der Weimarer Republik agierten vor dem Hintergrund schwankender, volatiler politischer Stimmungen, die bei gleichbleibender jeweiliger ideologischer Grundmelodie von einem Thema zum anderen rasch wechseln konnten.

Es handelte sich mit den Worten *Heinrich August Winklers* um eine mehrfach gespaltene Gesellschaft.<sup>280</sup> Da waren die zum Klassenkampf bereiten Arbeiter, revolutionär gestimmt im Einflussbereich der von Moskau gelenkten KPD oder diejenigen, die (eine Mehrheit bildend) überwiegend auf Verbesserung oder Verteidigung ihre Lebensverhältnisse gerichtet waren und sich traditionell besonders an der SPD und den Gewerkschaften orientierten. Da waren die kleinen Bauern, die ihre Existenz bedroht oder schon vernichtet sahen, da waren die größeren Landbesitzer, die Marktverhältnisse und eigene Interessen politisch kalkultierten.<sup>281</sup> Es gab das katholische Milieu im Rheinland, regional etwas anders geprägt als in Bayern, mit einem subkulturell eigensinnigen, auf Rom zentrierten Blick, es gab den überwiegend national, oft rechtsnational ausgerichteten Protestantismus, es gab eine großindustrielle Gemengelage von der Suche nach neuer nationaler Stärke und Zugangswünschen zum Weltmarkt, es gab – zuerst selbst fragmentiert und randständig bleibend, dann aber überschwappend und schichtübergreifend wirkend – das völkisch rechtsradikale, antisemitische

Ressentiment, nicht nur mit einer geifernden Hasspropaganda, sondern auch mit größer werdender propagandistischer Raffinesse.

### 3. Seitenblick in die Gegenwart

Im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland unter der Herrschaft des Grundgesetzes konnte man sich eine Situation nicht mehr vorstellen, in der politische Parteien die Macht der Regierungsämter gar nicht in erster Linie anstreben, sondern im Zweifel lieber zu ideologischer Klarheit und zur öffentlichen Selbstdarstellung drängen. Entsprechend verwirrt reagierte die öffentliche Meinung nach der Bundestagswahl 2017, als die SPD am Wahlabend bereits erklärte, für eine Regierungsbeteiligung nicht zur Verfügung zu stehen und später auch die FDP keinen Drang zeigte, in eine Koalition mit CDU/CSU und den Grünen unter Führung einer Kanzlerin Angela Merkel einzutreten. Für einen winzigen Augenblick bekam die Öffentlichkeit einen Eindruck, wie es sich anfühlt, wenn Parteien nicht dem stabilen Vorurteil entsprechen, es dränge sie doch immer nur in die Regierungsmacht.

Unter dem Druck der Stimmung in der eigenen Anhängerschaft und im Kalkül auf künftige Wahlerfolge können Parteien im kurzfristigen Verzicht auf Amtsmacht durchaus ein rationales, längerfristig angelegtes Machtkalkül verfolgen – oder auch ganz einfach nur die eigene Identität, den Zusammenhalt behaupten. Diese in der Gegenwart, jedenfalls in Deutschland noch exzeptionell scheinende Situation war in der Zeit der Weimarer Republik selbst in der vergleichsweise stabilen Phase der „goldenen“ Zwanzigerjahre durchaus alltäglich und wurde 1929 schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise als „Krise des Parlamentarismus“ wahrgenommen – so eine Rede *Gustav Stresemanns* gegen seine Anfang 1929 nach rechts in die Zuflucht der Präsidialregierungen tendierende Partei<sup>282</sup>, die bereits damals von *Hindenburg* und *Schleicher* auf diesen Irrweg gelockt wurde, während *Stresemann* meinte, sich auf die Verfassungsloyalität des Reichspräsidenten verlassen zu können.<sup>283</sup>

### 4. 1925 bis 1929: Bewährungsprobe der Parlamentsparteien unter dem Einfluss des zeitgenössischen politischen Prägeraums

Das Jahr 1925 war schicksalhaft, wegen der Reichspräsidentenwahl in der ersten Jahreshälfte und der Locarno-Verträge in der zweiten. Mit den Verträ-

gen von Locarno schaffte *Stresemann* die Plattform für den Ausgleich mit den Westmächten, indem er die durch Versailles veränderte Westgrenze anerkannte, aber nach Osten den Grenzverlauf offen hielt und zugleich den ersten Schritt zur Einfügung Deutschlands in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit vorbereitete, das 1926 zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund führen sollte.<sup>284</sup> Wenn man dagegen auf den innenpolitischen Meinungskampf über Locarno schaut, dann erschließt sich jene destruktive Mechanik von parlamentarisch fragiler Machtausübung und dem öffentlichen Prägeraum einer tief gespaltenen Gesellschaft.

Schon der Wahlerfolg der DNVP 1924 und dann erst recht die Wahl *Hindenburgs* signalisierten eine politische Rechtsverschiebung, also einen Stimmungswandel starker Bevölkerungsschichten in jenes nationale Lager, das an sich durch den Krieg und die unmittelbare Nachkriegszeit noch stärker desavouiert gewesen war. Mit der Wahl *Hindenburgs* war es der DNVP und der von ihr am Nasenring geführten DVP gelungen, ein propagandistisch wirksames schwarz-weiß-rotes Symbol in das Zentrum des schwarz-rot-goldenen Verfassungsgebäudes zu setzen. Das blieb nicht ohne langfristige strukturelle Folgen im politischen Prägeraum. Die nationale Rechte wollte nicht in Weimar ankommen, sondern nach Potsdam zurück, auch wenn dieses Streben nicht den weitgehend ungeliebten Hohenzollern galt.

Mit einer zwischen 1924 bis 1929 allmählich stärker werdenden Tendenz zur Volksgemeinschaftsseligkeit als vaterländischer Pflicht war von den meisten nicht die Restauration der Monarchie gemeint, sondern ein Systemwechsel hin zu starker politischer Führerschaft, zur Entkomplizierung der Verhältnisse, zur Wiedergewinnung nationaler Stärke. Die rechtsbürgerliche Koalition unter Einschluss der DNVP zerbrach Ende Oktober 1925 nicht so sehr an echten politischen Konflikten innerhalb der Regierung oder der die Koalition tragenden Parteien, sondern am ideologischen Sperrfeuer der Presse *Hugenburgs*. Der Pressezar in seiner alldeutschen Tradition repräsentierte den rechten Flügel der DNVP. Er trommelte unaufhörlich gegen den Locarno-Vertrag und beklagte den Ausverkauf und Verrat nationaler Interessen.<sup>285</sup> Damit verstärkte sich zugleich der rechte fundamentaloppositionelle Prägeraum, der es der Fraktionsführung der DNVP kaum möglich machte, der Ratifizierung der Verträge zuzustimmen. An sich wäre dadurch der Weg für einen Austausch des rechten parlamentarischen Randes in der Regierung durch die SPD und damit die Verwandlung in eine sogenannte Große Koalition möglich gewesen, weil die SPD dem Locarno-Vertrag zustimmte. Doch der preußische Ministerpräsident *Otto Braun*, der eine solche Große Koalition forderte, blieb in seiner Partei praktisch allein, weil es den

meisten Parteiführern der SPD taktisch vorteilhafter erschien, „der Regierung eine Absage zu erteilen und die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen anzustreben, aus denen die Sozialdemokraten dann als Sieger hervorzugehen hofften“.<sup>286</sup> Dieses Kalkül zeigt, dass auch die SPD durchaus auf Reichstagsauflösung schielen konnte, wenn es ihr parteipolitisch günstig erschien. Hintergrund wird aber auch die Unentschiedenheit des großen Grabenkampfes gewesen sein, der plötzlich ein neues Gewicht für die nationale Rechte signalisierte, wo die SPD doch eher auf der anderen Seite eine Kräftigung der republikanischen Seite zu spüren meinte. Die außenpolitische und wirtschaftliche Stabilisierung der Republik machte den durch *Hindenburg* maßgeblich verstärkten Rechtsschwenk in der Tat eigentlich anachronistisch, ebenso wie die dogmatische Erstarrung der KPD im sich abzeichnenden Stalinismus. Die SPD witterte durchaus zu Recht die Chance, als weltoffene Partei des sozialen Fortschritts wieder stärker zu werden, sich mit außenpolitischen und wirtschaftlichen Erfolgen identifizieren zu können und so einen Impuls gegen die schwarz-weiß-rote Nostalgie zu setzen – ein Kalkül, das durch die Ergebnisse der Reichstagswahl 1928 aufzugehen schien.

Unter den Bedingungen einer gleichwohl stattfindenden Rechtsverschiebung im öffentlichen Meinungsraum mit der Folge der Koalitionsunwilligkeit der DNVP und der abwartenden Haltung der SPD musste aus Sicht von Zentrum, DVP oder auch DDP improvisiert werden. Dabei konnte man sich auf den neuen nationalen Reichspräsidenten verlassen. Ein wichtiger verfassungsrechtlicher Hebel für die Überbrückung von Instabilität war die Möglichkeit, eine vom Reichspräsidenten eingesetzte Reichsregierung, die keine Mehrheit auf stabiler Koalitionsgrundlage hatte, so lange zu tolerieren, bis ein öffentlichkeitswirksamer Anlass für einen Misstrauensantrag entstand. Das war ein Arzneimittel mit erheblichen Nebenwirkungen, weil damit die präsidentiale Herrschaft jenseits der von der Verfassung gewollten Proportionen eingeübt wurde.

Das kurzlebige zweite Kabinett *Luther* vom 19. Januar 1926 bis 12. Mai 1926 bestand aus einem Bündnis von DVP, Zentrum, BVP und DDP, das allerdings zusammen keine Mehrheit der Reichstagsmandate auf sich vereinigte. Hier zum ersten Mal zeigte sich der Einfluss des von *Hindenburg* aus der Amtsperiode Eberts übernommenen Staatssekretärs *Meissner*, der zu einer Minderheitsregierung ermunterte, schon weil die DVP und die BVP eine Koalition mit den Sozialdemokraten nicht wollten, da der von der SPD geforderte sozialpolitische Preis als zu hoch empfunden wurde und man hoffte, innenpolitische Reformschritte mit der Zustimmung der politischen Rechten (der aus der Regierung ausgeschiedenen DNVP) durchsetzen zu können. Diese Konzeption entsprach einem „Planspiel“ *Meissners*, wonach die Regierungsparteien, insbesondere die DVP,

nach Regieanweisung im Schauspiel für die Bühne der öffentlichen Meinung zuerst Verhandlungen über eine große Koalition mit der SPD führen sollten, deren Scheitern man indes wünschte, um sodann von rechts toleriert zu werden. Die DVP ging – auch hier wiederum politisch ohne sonderlichen Weitblick – auf dieses präsidentiale Konzept ein<sup>287</sup>, welches das erste Bemühen des neuen Reichspräsidenten zeigt, die parteipolitische Mehrheitsbildung im Reichstag zu schwächen und diese Schwäche sodann zugunsten eines größeren steuernden Einflusses des Reichspräsidenten auszunutzen – und das Ganze unter öffentlichem Wehklagen über die „Zerstrittenheit“ der Parteien.

## 5. Beispiel für das politische Prägeklima: der Flaggenstreit

Sowohl das Kabinett Luther II bis Mai 1926 als auch das Nachfolgekabinett Marx III 1927 wurden durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Dabei zeigte sich zum einen, dass Minderheitsregierungen ohne feste Tolerierungszusagen instabil waren, zum anderen aber auch, wie sich oppositionelle Parteien auf der öffentlichen Meinungsbühne profilieren konnten, wenn sie den richtigen Druckpunkt für ein Misstrauensvotum setzten.

So scheiterte die um die DNVP verminderte bürgerliche Koalition unter Reichskanzler *Luther* im Mai 1926 am Flaggenstreit. Auslöser war auch hier die unter *Stresemann* wiederum ohne politisches Fingerspitzengefühl agierende Deutsche Volkspartei, die schon im Frühjahr 1924 die Wiedereinführung von Schwarz-Weiß-Rot beantragt hatte und nun mit der Flaggenverordnung unter Reichskanzler *Luther* vom Reichspräsidenten am 5. Mai 1926 die alten Reichsfarben insofern aufwertete, als dass die gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reiches im außereuropäischen Ausland in Zukunft die schwarz-rot-goldene Nationalflagge und die schwarz-weiß-rote Handelsflagge (mit kleinem schwarz-rot-goldenem Obereck) nebeneinander setzen sollten.<sup>288</sup> Diese scheinbar wenig bedeutsame Symbolik löste eine von *Stresemann*, *Luther* und *Hindenburg* offenbar völlig unterschätzte, sich zum Teil in Tumulten äußern- de öffentliche Reaktion auch im Reichstag aus.

SPD, DDP, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und Teile des Zentrums sahen hier einen reaktionären Anschlag auf das Gründungsethos der Verfassung und der Republik. Sie spürten ohnehin schon seit 1925 den anachronistischen Druck im politischen Prägeraum, der sich gegen den Trend zur republikanischen und außenpolitischen Normalisierung richtete und in *Hindenburg* nicht nur eine



Symbolgestalt, sondern auch einen Akteur der Systemverschiebung fand. An der Reichsflagge wurde die tiefe innere Spaltung der Republik deutlich. Die Verteidiger der Verfassungsfarben wussten um das reaktionäre Potential und reagierten deshalb begrifflicher Weise empfindlich. *Stresemanns* DVP und die rechtsfundamentale DNVP führten die Farben des Kaiserreichs in ihren Parteiensymbolen. Das Ressentiment gegen „Schwarz-Rot-Senf“ („Judenfahne“) war bis in die intellektuellen Eliten hinein und bei der studentischen Jugend bis hinunter zu Oberschülern auch als Teil ihres Dünkels weit verbreitet.

Vor allem die Sozialdemokratie, die Liberalen der DDP und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold rebellierten gegen diese rückwärtsgewandte Symbolik, die wie ein Menetekel erschien, wenn man sich vergegenwärtigt, dass der Herzensmonarchist *Hindenburg* als Reichspräsident amtierte. Der Streit um die Farben der Reichsflagge ging zurück auf den Vormärz und die Revolution von 1848/49. Auch im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung wurde dieser Streit bereits bis hin zu einzelner namentlicher Abstimmung ausgetragen.<sup>289</sup> Und *Hindenburgs* Versicherung im Jahr 1926, nichts läge ihm ferner als die neuen Nationalfarben beseitigen zu wollen, darf getrost als eine der Unwahrheiten des so hoch über den Parteien ehrwürdig schwebenden Präsidenten verbucht werden, denn mit Erlass vom 12. März 1933 führte *Hindenburg* aus freien Stücken die Trikolore des Kaiserreichs (nunmehr allerdings neben der neuen Hakenkreuzfahne) als Fahne des Reiches wieder ein.<sup>290</sup> Der republikanische Protest Jahre zuvor war nicht nur verständlich, er war dringend notwendig. Das umkämpfte Symbol war keine Nebensache, denn der Abkehr von der Fahne folgte die Abkehr von der Verfassungsordnung, die schwarz-rot-gold als ihre Farben festgelegt hatte.

## IV. Öffentliche Meinung: der unterschätzte politische Prägeraum

### 1. Das Dreieck der Macht: Parteien, Medien und ein medial sensibler Reichspräsident

Nach der Wahl *Hindenburgs* zeigt sich gerade auch für die mittlere Phase der Weimarer Verfassungsentwicklung ein dreipoliges Verhältnis: die Parteien waren schwächer als sie sein mussten, weil sie sowohl an fragmentierte Interessen gebunden waren als auch abhängig von volatilen Stimmungen, ideologisch oder emotional aufgeladen. Ihnen gegenüber standen politische Interpretationsoffer-